

1 **Neuer Kalter Krieg: Sicherheitsorgane und Nachricht-** 2 **tendienste stärken. Kritische Strukturen schützen.**

3 **Beschluss:**

4 **der Jahreshauptversammlung am 29.10.2022 in Husum:**

5 Die JUNGE UNION NORDFRIESLAND fordert:

- 6 • Stärkung der Institutionen von Bundesnachrichtendienst (BND), Militärischem Ab-
7 schirmdienst (MAD) und Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) sowie des Bun-
8 desamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI).
- 9 • Stärkung des Cyber-Abwehrzentrums und Erneuerung der Cyber-Sicherheitsstrate-
10 gie des Bundes.
- 11 • Den Ausbau nachrichtendienstlicher Schnittstellen der EU-Sicherheitspolitik durch
12 ein offizielles gemeinsames Gremium.
- 13 • Stärkung der Landesämter für Verfassungsschutz sowie bessere Handhabe bei
14 Problemfällen innerhalb des öffentlichen Dienstes.
 - 15 ○ Verhinderung von Einstellungen bei bekannter extremistischer Gesinnung
16 oder Verbindung zu kriminellen Strukturen.
 - 17 ○ Eine effektive Schnittstelle für den Austausch zwischen Landesbehörden,
18 auch länderübergreifend.
- 19 • Eine zügige Umsetzung der Quellen-TKÜ in den Ländern.
- 20 • Ausbau bestehender Strategien zum Schutz kritischer Infrastruktur, der behörden-
21 übergreifend stattfindet – auch zwischen zivilen und militärischen Behörden.

22 **Begründung:**

23 Spätestens seit dem 24. Februar 2022 ist klar, dass neben einem aktiven Krieg in Europa
24 auch ein neuer Kalter Krieg stattfindet. Dieser spitzt sich ebenfalls massiv zu. Hackingan-
25 griffe und Sabotage sind dabei der offenkundigste Teil, jedoch finden seit Jahren stets
26 Lauschangriffe und Informationsdiebstähle statt. Die Akteure sind im Vergleich zum Kalten
27 Krieg zwischen „Westen“ und „Osten“ jedoch unterschiedlicher gelagert. So tritt auch die
28 Volksrepublik China neben Russland als eigenständiger Akteur auf.

29 Zuletzt wurde durch die Sabotage von Nordstream 1 und anderer europäischer Tiefseelei-
30 tungen, aber auch Hackingangriffe auf empfindliche Infrastruktur in Energieerzeugung und
31 Bahninfrastruktur deutlich, dass die Gefahr für empfindliche Infrastruktur sich schnell rea-
32 lisieren kann. Es schwer und kaum möglich, direkte Beweise für direktes agieren von Staaten
33 in diesem Bereich zu finden und/oder öffentlich zu verwerten. Aber die zeitlichen und zu-
34 mindest interessengelagerten Zusammenhänge sind inzwischen selbst für Außenstehende
35 und Laien evident.

36 Dieser Realität muss sich der Staat anpassen, um die eigene Bevölkerung zu schützen. Die
37 besondere Rolle nachrichtendienstlicher Kontrolle durch die Parlamente steht starken
38 Nachrichtendiensten und Sicherheitsbehörden nicht im Wege, sondern stärkt viel mehr die
39 demokratische Legitimation und Kontrolle von Grundrechten und Gewaltenteilung bei den-
40 noch stärkerer nachrichtendienstlicher Aktivität.

41 Daher muss die Bundesrepublik Deutschland sowie die Bundesländer ihre Behörden so aus-
42 satten und stärken, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können, mithalten können in dem inter-
43 nationalen Spannungsfeld eines neuen Kalten Krieges.

44 Dazu gehört auch die Zusammenarbeit verschiedener Geheimdienste innerhalb der Europä-
45 ischen Union. Bisheriger Austausch beschränkt sich auf einzelne Teilbereiche informeller
46 Natur, wie das der Counter Terrorism Group (CTG) der EU. Ressourcen und Erfahrungen
47 müssen hier schneller und verstetigter ausgetauscht und unter fachliche Aufsicht gestellt
48 werden.

49 Zudem besteht durch die bereits bekannten und wachsenden Bedrohungen im Inland der
50 Bundesrepublik, wie Rechtsextremismus (inkl. Reichsbürgerszene), Linksextremismus und
51 Islamismus eine Bedrohungslage, auf die die Behörden ebenfalls reagieren und entschlos-
52 sen vorgehen müssen.